Niederschrift BAU/017/2016

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine am 23.06.2016

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Mirko Remke CDU Ratsmitglied / 2. Stellv.

Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied

Herr Hendrik Börger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachkundiger Bürger Herr Paul Hartmann CDU Sachkundiger Bürger

Herr Dennis Kahle CDU Ratsmitglied

Herr Peter Kölker SPD Sachkundiger Bürger

Herr Fabian Lenz CDU Ratsmitglied
Herr Kurt Radau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied

Herr Heribert Röder DIE LINKE Ratsmitglied

Frau Anna-Lena Scheinig SPD Sachkundige Bürgerin Herr Joachim Siegler Alternative für Rheine Sachkundiger Bürger Herr Werner Wenker CDU Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Werner Bela Sachkundiger Einwohner

f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Dominik Bems SPD Vertretung für Herrn

Detlef Weßling

Frau Eva-Maria Brauer SPD Vertretung für Herrn

Karl-Heinz Brauer

Frau Nina Eckhardt CDU Vertretung für Herrn Dr.

Manfred Konietzko

Herr Hermann-Josef Wellen Vertretung für Herrn

Claus Meier

Herr Johannes Willems FDP Vertretung für Herrn

Alfred Holtel

Frau Helena Wirt Vertretung für Herrn

Ahmad Hammudeh

Herr Holger Wortmann CDU Vertretung für Herrn

Matthias Berlekamp

Gast:

Herr Welp EWG

City-Management und Standortmarketing

Verwaltung:

Frau Christine Karasch Beigeordnete

Herr Dr. Jochen Vennekötter Fachbereichsleiter FB 5
Frau Claudia Kurzinsky Produktverantwortliche

Hochbau

Herr André Löckener FB 5, Projektmanage-

ment Bahnflächen

Herr Martin Forstmann Mitarbeiter der TBR

Frau Cornelia Bauer Mitarbeiterin Hochbau
Frau Doris Stuckmann Fachbereichscontrolling

FB 5

Frau Andrea Mischok Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer SPD Ratsmitglied / Vorsit-

zender

Mitglieder:

Herr Matthias Berlekamp CDU Sachkundiger Bürger

Herr Alfred Holtel FDP Ratsmitglied

Herr Dr. Manfred Konietzko CDU Ratsmitglied / 1. Stellv.

Vorsitzender

Herr Detlef Weßling SPD Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Ahmad Hammudeh Sachkundiger Einwohner

f. Integrationsrat

Herr Claus Meier Sachkundiger Einwohner

f. Beirat für Menschen

mit Behinderung

Herr Remke eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Tagesordnung werden keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge vorgebracht.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung am 19.05.2016

00:01:42

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 19.05.2016 gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass alle Anfragen in der Ausführung seien und kein Bericht der Verwaltung erforderlich sei.

3. Informationen der Verwaltung

00:02:32

3.1. Nachhaltig mobil im Kreis Steinfurt

Herr Dr. Vennekötter gibt anhand nachfolgender Folien Informationen zum aktuellen Sachstand.

Umsetzungskonzept der Stadtwerke-Kooperation für den Aufbau und Betrieb einer öffentlichen Ladeinfrastruktur in der Region Kreis Steinfurt

"Nachhaltig mobil im Kreis Steinfurt"

Stadtwerke Steinfurt Steinf

Zielsetzung der Stadtwerke-Kooperation



- ✓ Kooperativer Aufbau und Betrieb einer Ladeinfrastruktur im Kreis Steinfurt
- Investition in einheitliche Ladeinfrastruktur (einheitliches Konzept im Hinblick auf Technik, Zugang, Benutzeroberfläche, Abrechnung, Bezahlung, Tarifmodell etc.)
- ✓ Ausbau der E-Fahrzeug-Flotte; weitere Integration von E-Fahrzeugen in eigene Flotte
- ✓ Erweiterung der Kompetenzen im Bereich "Elektromobilität"
- ✓ Kooperationspartner des Kreises Steinfurt im Thernenfeld "Elektromobilität"







3.2. Brücke über dem Salinenkanal zum Kleingartenverein Salinenweg

Herr Dr. Vennekötter gibt nachfolgende Information zum Thema - Brücke über dem Salinenkanal zum Kleingartenverein Salinenweg.

Rheine, 23. Juni 2016

Information für den Bauausschuss

Brücke über den Salinenkanal zum Kleingartenverein Salinenweg

Die Bezirksregierung Münster hat mit Zuwendungsbescheid vom 8.6.2016 eine Förderung von 80 % zum Bau der Brücke über den Salinenkanal zum Kleingartenverein Salinenweg bewilligt. Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Dauerkleingärten.

Die Finanzierung der Brücke stellt sich wie folgt dar:

Geschätzte Baukosten	31.416 €
Förderung 80 %	25.132 €
Eigenanteil 20 %	6.284 €

Der Eigenanteil von 6.284 € wird in voller Höhe vom Kleingartenverein durch Eigenleistungen und finanzielle Beteiligung übernommen.

Der Kleingartenverein hat mit den Freilegungsarbeiten begonnen.

4. Eingaben

00:05:08

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Neubau Kindergarten Thieberg Kostenfortschreibung Vorlage: 192/16

00:05:18

Herr Dr. Vennekötter stellt die verschiedenen Ebenen der Kostenfortschreibung dar. Er erläutert, dass der Kindergarten nach Fertigstellung vom Jugend- und Familiendienst für die Vertragslaufzeit von 20 Jahre angemietet werde. Somit ergäben sich für die Stadt Rheine Mieteinnahmen über einen Zeitraum von mind. 20 Jahre in Höhe von ca. 1,266 Mio. €. In einer Kostenrechnung habe man die Mieteinnahmen den Abschreibungs- und Unterhaltungskosten gegenübergestellt und gesehen, dass es für die Stadt als Investor interessant sei, ein solches Proiekt zu betreiben. Herr Dr. Vennekötter erklärt zur veränderten Kostensituation. dass es nicht nur Änderungen im Ergebnishaushalt, sondern auch im Investitionshaushalt gegeben habe. Er erklärt, dass der Kindergarten Thieberg zu 90 % aus den Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes finanziert werden sollte. Nach einer nochmaligen Überprüfung durch die Bezirksregierung sei festgestellt worden, dass Mieterträge auf die Förderung anzurechnen seien. Somit habe die Stadt Rheine die Fördermittel für andere Projekte eingesetzt und die benötigten Mittel in Höhe von 753.300,00 Euro im Haushalt berücksichtigt. Ferner erläutert Herr Dr. Vennekötter die in der Vorlage dargestellten finanziellen Veränderungen.

Herr Martin Beckmann erklärt, dass es bei Baumaßnahmen Kostenunter- und - überschreitungen geben und das benötigte Budget nicht immer exakt bestimmt werden könne. Er möchte anregen, dass die Kosten des Kostenanschlages/der Kostenfortschreibung den entsprechenden Kostengruppen der Kostenberechnung direkt zugeordnet werden, damit eine evtl. Kostenverschiebung besser erkennbar sei. Diese Darstellung solle dann auch bei den noch kommenden Maßnahmen wie z. B. ZOB übernommen werden.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Kostenberechnung nach Kostengruppen aufgestellt werde. Im weiteren Verfahren zum Kostenanschlag werden die Kosten nach Gewerken aufgeführt. Man könne versuchen, die Gewerke den einzelnen Kostengruppen zuzuordnen, wobei es aber immer zu Überschneidungen kommen werde. Herr Dr. Vennekötter werde diese Anregung mitnehmen und prüfen, ob die Kostenfortschreibung zukünftig genauer dargestellt werden könne.

Herr Berardis erklärt, dass sich die SPD-Fraktion schwertue, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Aus seiner Sicht sei die Planung unprofessionell erstellt worden. Bezüglich der Luft-Wasser-Wärmepumpe merkt er an, dass bei der Verwendung eines solchen Verfahrens im Vorfeld klar sein müsse, wie die Verwendung und der Einbau dieser Anlage zu erfolgen haben und was dies für Kosten verursache. Bei der Stellplatzanlage wundere er sich, dass man plötzlich 5 Stellplätze plus 1 Behindertenparkplatz und nicht, wie geplant, nur 3 Stellplätze benötige. Herr Berardis kritisiert, dass der Anstieg der Kosten u. a. mit dem Flüchtlingsthema begründet werde.

Herr Dr. Vennekötter erklärt hierzu, dass sich durch Stellenneubesetzung und die kurzfristige Einsetzung der internen Bauleitung bei der Planung der Flüchtlings-unterkünfte Mehrkosten bei den Planungsleistungen ergeben haben, da die Bauleitung der Kita an ein externes Architekturbüro vergeben werden musste. Weiter erklärt Herr Dr. Vennekötter, dass solche Projekte mit einem 15%igen Kostenpuffer geplant werden. Diese 15% seien durch Mehrkosten, die vor dem Hintergrund der aktuellen Baukonjunktur, aufgrund äußerst ungünstiger Ausschreibungsergebnisse bei allen Gewerken entstanden und verbraucht worden, sodass kein Puffer bei den Kosten mehr vorhanden sei.

Frau Karasch erläutert, dass die sich darstellenden Mehrkosten zum wesentlichen Teil aus dem Übertragungsfehler in der Excel-Tabelle resultieren. Der zweite große Baustein über ca. 40.000,00 Euro resultiere aus dem Einsatz eines externen Architekturbüros. Die restlichen Mehrkosten ergäben sich durch wirtschaftlich bedingte Mehrkosten. Es handelte sich hier in keinster Weise um eine Kostenexplosion.

Herr Bems erklärt, dass er davon ausgehe, dass dies nicht der letzte Kindergarten sei, den die Stadt Rheine baue. Er sehe die Probleme, die jetzt auftreten als Lernprozess an. Wichtig sei Herrn Bems, dass die Politik sich auf die vorgelegten Zahlen verlassen könne. Er hoffe, dass bei der Umsetzung anderer Projekte, wie z. B. der General-Wever-Kaserne, die geplant und vermarktet werden müsse, nicht plötzlich Kosten entstehen, die in der Planung nicht berücksichtigt worden seien.

Frau Karasch erklärt zur Kostendeckung, dass sie davon ausgehe, dass sich die Flüchtlingssituation, wie sie sich im letzten Sommer dargestellt habe, nicht mehr wiederholen werde. Insofern sei es aus ihrer Sicht nicht ganz zutreffend, diese Dinge zum Anlass zu nehmen, auch andere Projekte der Stadt Rheine in Frage zu stellen.

Herr Beradis fragt, ob es richtig sei, dass die Mehrkosten des Projektes Kindergarten aus dem Budget "Unterbringung von Flüchtlingen" gezahlt werden sollen. Seinen Informationen nach sollen Anfang Juli wieder verstärkt Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Zuweisungen vom Land oder Bund seien für die zentrale Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen. Herr Berardis möchte wissen, ob die Stadt Rheine dadurch Gefahr laufe, Gelder aufgrund der Zweckentfremdung zurückzahlen zu müssen.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass städtische Gelder in Höhe von 5,2 Mio € u. a. für Flüchtlingsunterkünfte in Holzrahmenbauweise bereitgestellt wurden und dies rein kommunale Gelder seien. Man habe sich zwischenzeitlich entschieden, die Holzrahmenbauweise nicht durchzuführen, wodurch hohe Summen in diesem Bereich freigeworden seien. Aus diesem Grund könne dieses Budget zur Deckung der Kosten herangezogen werden.

Herr Wenker erklärt, dass sich die Planungskosten von 12.000,00 Euro auf 47.000,00 Euro erhöht hätten. Hinzu kommen noch die Freiraumplanung in Höhe von 7.000,00 Euro und SiGeKo in Höhe von 5.000,00 Euro. Insgesamt gebe es hier Mehrkosten in Höhe von 48.000,00 Euro. Herr Wenker bittet, diese Mehrkosten weiter aufzuschlüsseln. Außerdem möchte er wissen, wie hoch die anrechenbaren Kosten It. HOAI seien und wie viel Prozent für die örtliche Bauleitung angerechnet worden sind.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass im Rahmen der Flüchtlingskrise Mitarbeiter aus diesem Projekt herausgezogen worden seien und diese Leistungen dann extern vergeben werden mussten. Das Architekturbüro Achterkamp habe den Bereich Hochbau genau in den Leistungsphasen Vergabe, Bauüberwachung und später dann bei der Freiraumplanung unterstützt. Die angeführten Mehrkosten ergäben sich aus der Tatsache, dass eigene Leistungen der Ingenieure in der Kostenrechnung nicht angesetzt worden seien. Die anrechenbaren Kosten It. HOAI werde Herr Dr. Vennekötter nachreichen.

Frau Kurzinsky erklärt, dass die Architektenleistungen im Rahmen der Grundleistungen nicht frei verhandelbar seien, da man an die HOAI gebunden sei. Bezüglich Sigeko gäbe es Tabellen, an die man sich halte. Sie erklärt, dass in der freien Wirtschaft frei verhandelt werden könne, aber nicht in der öffentlichen Verwaltung. Frau Kurzinsky erklärt, dass sie anhand einer Punktetabelle die Aufteilung der 48.000,00 Euro darlegen werde.

Herr Dr. Vennekötter sagt zu, diese Berechnungen der Niederschrift im nichtöffentlichen Teil beizufügen.

Herr Siegler möchte wissen, warum aufgrund der Abschüssigkeit des Geländes plötzlich Veränderungen im Bauinneren vorgenommen werden müssten und ob diese im Vorhinein nicht erkennbar gewesen wären.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man sich hierüber im Vorhinein schon hätte Gedanken machen müssen, um dies dann kostentechnisch sofort berücksichtigen zu können. In Zukunft werde man bereits im Stadium der Kostenschätzung anstreben, eine belastbarere Planungstiefe zu erreichen.

Herr Röder erklärt, dass die Fraktion DIE LINKEN der Vorlage nicht zustimmen werde. Ihn störe die Art der Finanzierung. Sicher seien die Zahlen der Flüchtlinge zurzeit rückläufig, aber niemand wisse, wie sich die Lage in 3 bis 5 Monaten entwickle. Er halte diese Kostendeckung für spekulativ und unseriös.

Herr Berardis teilt mit, dass die SPD-Fraktion nach gemeinsamer Rücksprache dieser Vorlage zustimmen werde.

Herr Martin Beckmann erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Anhand der geführten Diskussion habe man sehen können, dass der Bauausschuss in jeder Fraktion über Baufachleute verfüge. Wichtig sei ihm das Bewusstsein, dass man hier über das Geld der Bürger entscheide, wozu man sich auch verpflichtet habe. Er erklärt, dass natürlich Fehler gemacht werden könnten, aus denen man dann allerdings lernen müsse. Er bittet, dies jetzt als einen Warnschuss zu verstehen und erklärt, dass ein gewisses Maß an Vertrauen in die Verwaltung verschwunden sei. Auch im Hinblick auf die noch ausstehenden Maßnahmen, wie General-Wever-Kaserne und ZOB, werde man die Vorlagen kritisch unter die Lupe nehmen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die aktuelle Kostenfortschreibung für den Neubau Kindergarten Thieberg zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Bereitstellung zusätzlich erforderlicher überplanmäßiger Mittel in Höhe von 232.000 € aus dem Projekt "Unterbringung Flüchtlinge, Budget/Kostenstelle 5202-600".

Der Rat der Stadt Rheine beschließt für den Neubau Kindergarten Thieberg die Bereitstellung zusätzlich erforderlicher überplanmäßiger Mittel in Höhe von 232.000 € aus dem Projekt "Unterbringung Flüchtlinge, Budget/Kostenstelle 5202-600".

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich bei einer Gegenstimme

6. Ausbau Franz-Weller-Straße "Stichstraße" (53014-8075) im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 258, Kennwort: "Hauenhorst - West"

Offenlage der Ausbauplanung Vorlage: 157/16

00:42:00

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbauentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der TBR / Neues Rathaus.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

7. Einziehung und Teileinziehung von Teilflächen der Bonsestraße
-Einleitung der VerfahrenVorlage: 180/16

00:43:00

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Bonsestraße die Frankenburgstraße und den Neuenkirchener Weg in Höhe des Mathias-Spitals verbindet. Da das Mathias-Spital in diesem Bereich Ärztehäuser errichtet habe, möchte das Mathias-Spital hier Parkflächen errichten. Gegen dieses Vorhaben hätten sich Anwohner juristisch gewehrt. Das Ergebnis aus einem Vergleichsverfahren sei u.a. die Einziehung der Bonsestraße für den Kraftfahrzeugverkehr. Er erklärt, dass 2 m von der Straße abgenommen werden sollen, wobei 1 m für die anliegenden Nachbarn freigegeben werden soll und der andere Meter erst einmal im städtischen Besitz bleiben soll. Er erklärt, dass die restlichen 4 m der Straße für den Rad- und Fußgängerverkehr offen gehalten würden.

Herr Remke lässt über die Punkte 1 und 2 im Einzelnen abstimmen. Beide Abstimmungsergebnisse sind einstimmig.

Beschluss:

- 1. Die Stadt Rheine beabsichtigt, das östliche Teilstück der Bonsestraße, im anliegenden Lageplan in Rot dargestellt, Gemarkung Rheine-Stadt, Flur 120, Flurstück 531 tlw. einzuziehen, weil eine Verkehrsbedeutung für die Straßenfläche nicht mehr gegeben ist.
 - Das Einziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Lan des Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird hiermit eingeleitet.
- 2. Die Stadt Rheine beabsichtigt, das westliche Teilstück der Bonsestraße, im anliegenden Lageplan in Gelb dargestellt, Gemarkung Rheine-Stadt, Flur

120, Flurstück 531 tlw. teileinzuziehen, weil eine Verkehrsbedeutung für den motorisierten Verkehr nicht mehr gegeben ist. Dieses Teilstück soll künftig nur dem Radfahrer- und Fußgängerverkehr dienen.

Das Teileinziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird hiermit eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Widmung von Straßen Vorlage: 220/16

00:44:54

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. 09.1995 (StrWG NW - GV NW S. 1028, Ber. in GV NW 2003 S. 766) für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. Dutumer Straßevon Zeppelinstraße bis Felsenstraße
2. Schwedenstraße
von Wettringer Straße
bis Offlumer Straße
und zwei Fuß- und Radwege Schwedenstraße
3. Offlumer Straße
von Schwedenstraße
bis Oberstraße
4. Gronauer Straße
von Hohe Straße
bis Schwedenstraße
5. "Stichweg" Wadelheimer Chaussee
Wadelheimer Chaussee 123 - 133
6. Horstmannstraße
im Bebauungsplan Nr. 108 "im Lied-Süd-Teil A"
7. Salzweg
von Stovener Straße
bis Randelbachweg einschl. Stichweg
8. Schoppenkamp – Stichstraße
Schoppenkamp 22 bis 30a
9. Steinburgweg
von Wadelheimer Chaussee
bis Ohner Weg

10. Lindvennweg	
von Thiestraße	
bis Nielandstraße	
11. Engernstraße	
Stichweg Flurstück 784	
Engernstraße 3 - 11	

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung. Die als Fuß- und Radweg dargestellten Flächen werden nur für den öffentlichen Fußgänger- und Radfahrerverkehr gewidmet.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

9. Richtlinie Verfügungsfonds Rahmenplan Innenstadt Vorlage: 194/16

00:45:55

Herr Dr. Vennekötter begrüßt Herrn Welp von der EWG, der anhand nachfolgender Folien den Sachstand darstellt.

Im Anschluss dankt Herr Remke für die ausführlichen Informationen und stellt den TOP zur Diskussion.

Herr Bems erklärt, dass die SPD-Fraktion die Einrichtung eines Verfügungsfonds für den "Rahmenplan Innenstadt" begrüße. Er hofft, dass die Gelder schnell vergeben werden könnten und es viele Personen gebe, die sich in der Innenstadt aktiv zeigen möchten.

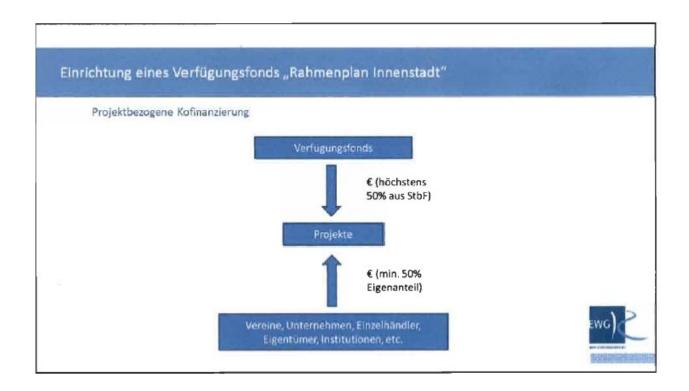
Herr Martin Beckmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion diese Maßnahme begrüße. Hier zeige sich das gelebte bürgerliche Engagement, welches dann auch gefördert werde.

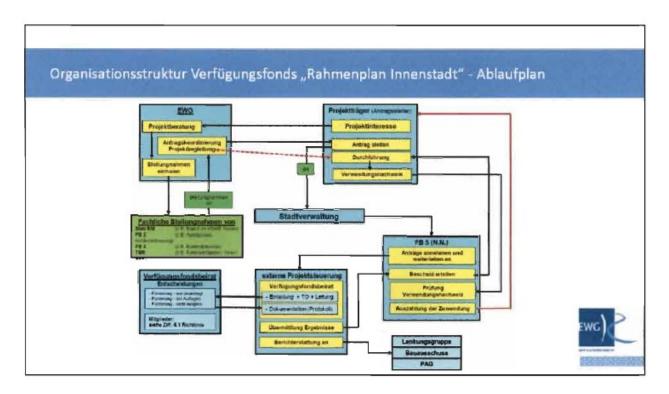
Einrichtung eines Verfügungsfonds "Rahmenplan Innenstadt"

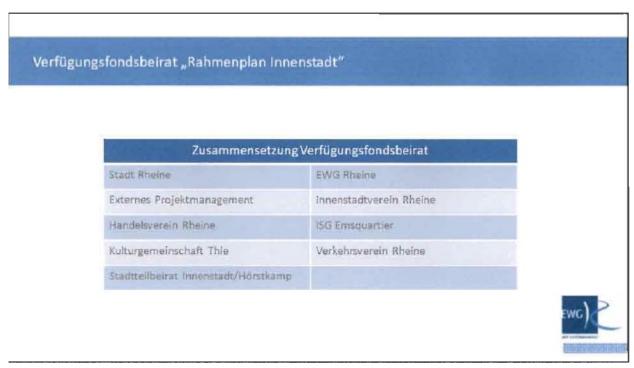
Fördergegenstand:

- Im Rahmen der Innenstadtentwicklung soll auch das Engagement der Bürger/Innen und insbesondere der Innenstadtakteure unterstützt werden. Mit dem Verfügungsfonds wird ein flexibles Budget geschaffen, das relativ unbürokratisch für die kurzfristige Umsetzung kleinteiliger und lokal angepasster Projekte, Aktionen und Maßnahmen bereitsteht.
- · Maßnahmen zur Stärkung der Innenstadt
- · Maßnahmen zur Beiebung des Einzelhandels und Gastgewerbes
- Maßnahmen und Aktionen zur Aufwertung der Innenstadt, des Stadtbildes und des Wohnumfeldes
- Maßnahmen zur Imagebildung
- Maßnahmen einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit









Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die Richtlinie Verfügungsfonds Rahmenplan Innenstadt und nimmt die Anlagen zur Richtlinie zur Kenntnis.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

10. Berichtswesen 2016; Stichtag 31.05.2016 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52 - 58 Vorlage: 215/16

00:54:02

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52 und 57 mit dem Stand der Daten vom 31.05.2016 zur Kenntnis.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Kenntnisnahme

Berichtswesen 2016, Stichtag 31.5.2016 Sonderprojekt Rahmenplan Innenstadt Vorlage: 009/16

00:54:22

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich für das Sonderprojekt "Rahmenplan Innenstadt" mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 gegenüber der Haushaltsplanung keine abweichenden Prognosen ergeben.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Kenntnisnahme

12. Berichtswesen 2016, Stichtag 31.5.2016 Sonderprojekt Bahnflächen Vorlage: 217/16

00:54:44

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich für das Sonderprojekt "Bahnflächen" mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 gegenüber der Haushaltsplanung abweichende Prognosen ergeben, da noch verschiedene Positionen offen sind. Die Darstellung erfolgt im Sachstandsbericht Anfang 2017.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Berichtswesen 2016, Stichtag 31.5.2016 Sonderprojekt Kaserne Gellendorf Vorlage: 218/16
er Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.
s:
ersschuss nimmt den unterjährigen Bericht zur Kenntnis, dass sich für erprojekt Kaserne Gellendorf mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 der Haushaltsplanung keine abweichenden Prognosen ergeben.
ngsergebnis: Kenntnisnahme
Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)
n keine Wortmeldungen.
Anfragen und Anregungen
n keine Wortmeldungen.
Sitzung: 18:00 Uhr

Mirko Remke Andrea Mischok
Ausschussvorsitzender Schriftführerin